



FAIR NACH

VORNE

EVG fordert Rettungsschirm II für ÖPNV/SPNV

Fahrgasteinbrüche, Einnahmeausfälle, wirtschaftliche Schieflagen von EVUs und Busbetrieben: Die sich zuspitzende Corona-Pandemie wird die Situation im ÖPNV und SPNV weiter verschärfen. Viele tausend Beschäftigte sorgen sich deswegen um ihre Arbeitsplätze.

Die EVG fordert den Bund auf, auch im Jahr 2021 die Regionalisierungsmittel um 2,5 Milliarden Euro zu erhöhen. Gleichzeitig sehen wir die Länder in der Pflicht: Sie müssten den Rettungsschirm II in Höhe von 2,5 Milliarden Euro mitfinanzieren. Allerdings gehen wir davon aus, dass diese Kofinanzierung aus eigenen (Landes-) Mitteln betrieben wird.

In einem entsprechenden Schreiben hat sich die EVG an die Bundesminister für Verkehr und Finanzen sowie an alle Verkehrsminister*innen der Länder gewandt. Darin appellieren wir vor dem Hintergrund der vielen verunsicherten Beschäftigten, den Schadensausgleich in allen Ländern zu 100 Prozent zu leisten.

Mit dem ÖPNV-Rettungsschirm haben Bund und Länder bereits ein wichtiges Signal für eine nachhaltige Mobilität gesetzt. Er ermöglicht/e bis jetzt die Aufrechterhaltung der systemrelevanten Daseinsvorsorge. Es darf jetzt keinen Halt auf halber Strecke geben. Auch im Jahr 2021 müssen der Verkehr von Morgen und seine zehntausenden Arbeitsplätze gesichert werden.

EVG – eine für Alle. Weil wir Gemeinschaft leben.